

Summer in the City?! : Urban Citizenship nach dem Sommer der Migration

Autor(en): **Rodatz, Mathias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **35 (2016)**

Heft 68

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-780975>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Summer in the City?!

Urban Citizenship nach dem Sommer der Migration

Auf den «Sommer der Migration» 2015 ist ein langer «Winter der Repression» gefolgt (Schwiertz/Ratfisch 2015). Das kollabierte europäische Grenzregime ist mit aller Macht wiedererrichtet worden. Und den bereits Angekommenen werden Rechte vorenthalten und entzogen: Verschärfungen des Asylrechts, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Verbote von Familienzusammenführungen, fehlende Ausbildungs-, Arbeits- oder Sozialrechte. Gleichzeitig haben sich überall in Europa nationalistische Bewegungen und Parteien formiert, die rassistische Exklusion fordern und befördern. Diese Entwicklungen erscheinen als ernüchterndes Ergebnis des vergangenen Jahres (bspw. Pichl 2016; Georgi 2016). Mir scheint es allerdings notwendig, diese Bilanz in das richtige Verhältnis zum ursprünglichen, antagonistischen Moment des Spätsommers 2015 zu setzen: Im grossen Massstab wurde vorgeführt, dass die Bewegungen der Migration nicht kontrollierbar sind und wie zerbrechlich das europäische Grenzregime ist. Dessen Stabilität und zuvor scheinbar unhinterfragbare Normalität ist damit offensichtlich ins Wanken geraten. Dieser Moment ist nicht vorüber, es gilt ihn weiterhin analytisch zu fokussieren und auf seine politischen Fluchtlinien hin zu befragen (siehe Hess u. a. 2016).

Ich argumentiere im Folgenden, dass die Stadt wegen ihrer Rolle im europäischen und deutschen Grenzregime und wegen ihrer Bedeutung für die Bewegungen der Migration ein geeigneter Gegenstand für eine entsprechende Analyse ist. Ich arbeite zunächst kurz heraus, wie sich das Konzept der «Autonomie der Migration», mit dem die Bewegungen der Migration und migrantische Kämpfe um Rechte in den Mittelpunkt von Grenzregimeanalysen gerückt werden, für städtische Räume mit dem Konzept «Urban Citizenship» weiterdenken lässt. Im Anschluss diskutiere ich die Rolle der Städte im Sommer der Migration anhand aktueller Entwicklungen und analysiere, wie sie zu einem strategischen Interventionsfeld für ein «promigrantisches gegenhegemoniales Projekt» (Schwiertz/Ratfisch 2015, 32) werden – auch und gerade im Kontext des wieder aufkommenden Nationalismus und Rassismus.

Die Autonomie der Migration

Neben anderen hat Fabian Georgi kürzlich aus der Perspektive einer «materialistischen Grenzregimeanalyse» argumentiert, dass das analytische Interesse an der «Autonomie der Migration» im Spätsommer 2015 und seinen Folgen den politischen Moment von kollektiven Migrationsbewegungen überbetone. So würde die eigentlich relevante Kritik am europäischen Grenzregime verweigert, insbesondere hinsichtlich seiner Funktionen für die (globalen) kapitalistischen Verhältnisse und der von ihnen hervorgebrachten «Handlungsbedingungen und strukturellen Zwänge» (Georgi 2016, 188). Für Georgi waren die «relative Autonomie» der Bewegungen der Migration zwar auch das auslösende Ereignis des Sommers der Migration (ebd., 187). In der Folge fokussiert er in seiner Kritik aber auf das Ringen von hegemonialen, neoliberalen und nationalkonservativen Kräften, das sich seit dem Sommer 2015 stärker abzeichnet. Die Öffnung der Grenzen durch die deutsche Bundesregierung und die staatliche Aneignung der «Willkommenskultur» versteht Georgi demnach als «linksliberale Diskursverschiebung des neoliberalen Projekts», mit dem «die national-konservative Blockade erhöhter Einwanderung» von Arbeitskräften umgangen werden sollte. Die darauf folgenden politischen Restriktionen im europäischen Grenzregime und die Einschränkungen der Rechte von MigrantInnen in Deutschland hatten seiner Analyse nach die Funktion, die erstarkenden nationalkonservativen Kräfte einzuhegen und einzubinden (ebd., 192).

Diese Analyse ist treffend und Georgis Plädoyer für eine materialistische Rückbindung des Konzepts der Autonomie der Migration richtig (siehe zu Letzterem bereits Mezzadra 2010). Doch gerade mit Blick auf den Sommer der Migration zielt die Analyse an einem zentralen Punkt vorbei: Mit der Autonomie der Migration werden die alltäglichen, kurzfristigen und langfristigen Kämpfe, die Taktiken und Strategien von MigrantInnen explizit in den Mittelpunkt gestellt, ohne den Blick auf «Handlungsbedingungen und strukturelle Zwänge» (ebd., 188) zu vernachlässigen, denn mit ihnen gehen die Bewegungen der Migration ständig um. Dies ist auch dann der Fall, wenn die Bewegungen keine klare *politische* Subjektivität hervorbringen, die den Vorstellungen einer *theoretisch-abstrakten* Kritik am (globalen) Kapitalismus entspricht. Darin liegt aus meiner Sicht keine Negation von ökonomischen oder politischen Macht- und Herrschaftsstrukturen, sondern ein bewusster Verzicht darauf, *theoretische* Massstäbe zu setzen, mit denen zwischen relevanten und irrelevanten Taktiken und Strategien unterschieden werden könnte. Es gilt also, eine Kritik am Grenzregime zu entwickeln, die aus tatsächlich bestehenden Kämpfen und Praktiken der Migration heraus gedacht wird (grundsätzlich Bojadžijev/Karakayalı 2007; in Bezug auf den Sommer der Migration: Hess/Karakayalı 2016).

Von der Autonomie der Migration zu Urban Citizenship

Die städtische Dimension im deutschen Migrationsregime hat sich in den vergangenen Jahren fundamental verändert. Städte sind heute zu konkreten Orten einer «postmigrantischen Gesellschaft» geworden (Tsianos/Karakayalı 2014). Die seit Jahrzehnten andauernde Migration hat vor allem in Städten eine neue gesellschaftliche Zusammensetzung hervorgebracht, die sich nicht mehr durch die Vorstellung einer deutschen «ethnischen» Schicksalsgemeinschaft repräsentieren lässt. Menschen, die in Städten wie Frankfurt aufwachsen, erleben dies als unumkehrbare Normalität: Eine Mehrheit der Kinder verfügt dort schon heute über eigene oder familiäre Migrationserfahrungen. Häufig spielt die Stadt als Lebensort eine viel größere Rolle für Fragen von Identität und Zugehörigkeit, als es Debatten um nationale Homogenität, Integration und Loyalität vermuten lassen (Yildiz 2013). Entgegen allen nationalistischen Widerständen haben sich in den letzten zwanzig Jahren neue Partizipationsmöglichkeiten für einst Eingewanderte und ihre Nachkommen in den Städten gebildet. Das eröffnet neue Möglichkeiten, Diskriminierung und rassistische Ausschlüsse zurückzuweisen (Tsianos/Karakayalı 2014). Insofern lassen sich städtische Räume als Katalysatoren der Autonomie der Migration im Grenzregime begreifen: Mit ihren sozialen, kulturellen, religiösen oder politischen Gemeinschaften und Netzwerken sowie ihren (informellen) Ökonomien ermöglichen sie das Ankommen, Nachholen und Leben der MigrantInnen. Ein Leben, welches durch immer neue Taktiken und Strategien «unterhalb» oder gegen ökonomische und soziale Ausschlüsse organisiert wird (Riedner 2016).

Diese Bedeutung der Stadt für (post)migrantische Kämpfe lässt sich treffend mithilfe des Konzepts Urban Citizenship beschreiben (Hess/Lebuhn 2014; Lebuhn 2013). Formal regelt bis heute der Status der StaatsbürgerInnen, wer in welcher Form sein Leben innerhalb der nationalen Grenzen einer Gesellschaft führen kann. In einer Welt globalisierter Wirtschaftssysteme, transnationalisierter Gesellschaften und internationalisierter Politik wird diese Kopplung aber zunehmend infrage gestellt. Dies offenbart sich besonders deutlich in postmigrantischen Städten, wenn beispielsweise in Frankfurt mehr als ein Viertel der EinwohnerInnen keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (Stadt Frankfurt 2015) und damit von bestimmten Rechten ausgeschlossen sind. Folglich bilden sich gerade in den Städten informelle Praktiken heraus, um mit dieser Entrechtung umzugehen.

Das Konzept Urban Citizenship greift diese Differenz zwischen formalem Status der Staatsbürgerschaft und Fragen der substanziellen sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Teilhabe auf und fragt, wie MigrantInnen ihre Rechte in der Stadt wahrnehmen und erkämpfen können (Hess/Lebuhn 2014).

Dass die formale und die substanzielle Dimension der gesellschaftlichen Teilhabe sich deutlich unterscheiden können, zeigt am eindrücklichsten das Verhältnis von Sans-Papiers und Stadt: Während Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus formal praktisch keine Rechte besitzen und häufig selbst ihre Menschenrechte (etwa auf gesundheitliche Grundversorgung) nicht wahrnehmen können, nehmen sie durch ihre (illegalisierte oder informelle) Arbeit, durch Gemeinschaften oder politische Kämpfe praktisch am Leben der Stadt teil. Aus dieser Differenz entsteht ein praktisch gelebtes Recht auf Rechte, das schliesslich in politischen Kämpfen auch formal eingefordert werden kann (Nyers 2010). Urban Citizenship beschreibt also, wie sich in Städten ein Umgang mit der formalen oder praktischen Verweigerung von Rechten entwickeln kann und wie diese politisiert oder institutionalisiert werden können.

Ambivalenzen urbaner Migrationspolitik

Das beste Beispiel für eine Institutionalisierung von Urban Citizenship sind sogenannte Sanctuary Cities, Städte wie Los Angeles oder Toronto, die ihren BewohnerInnen unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu Diensten und Einrichtungen gewähren oder die Polizei anweisen, auf routinemässige Kontrollen des Aufenthaltsstatus zu verzichten. Im besten Fall – wie etwa in New York – stellen sie ihren EinwohnerInnen eine StadtbürgerInnenschaft aus (z. B. in Form einer City Card, einer städtischen Ausweiskarte), mit der diese Rechte formalisiert werden. Im europäischen und deutschen Kontext sind Sanctuary Cities nur bedingt möglich, da Gemeinden nicht über vergleichbare Handlungsspielräume gegenüber dem Nationalstaat verfügen (Scherr/Hofmann 2016). Mit dem Konzept von Urban Citizenship lassen sich auch anders oder weniger formalisierte Politiken als jene von Sanctuary Cities begreifen: Es bezeichnet dann eine städtische Haltung, die Zugehörigkeit und Teilhabe ausgehend von ihren tatsächlichen BewohnerInnen denkt und Politiken sowie Praktiken für den Ausbau der Rechte aller StadtbürgerInnen entwickelt, die über gesetzliche Vorgaben hinausgehen. Dies kann beinhalten, dass die Städte eigenständige Massnahmen gegen Diskriminierung beispielsweise auf Arbeits- oder Wohnungsmärkten implementieren; dass sie Planungsaktivitäten an die Bedürfnisse migrantischer Communitys anpassen; oder die Mehrsprachigkeit und interkulturelle Öffnung ihrer Verwaltungen vorantreiben (Gebhardt 2016; Rodatz 2014). Dass hier ganz konkrete Spielräume zur Politisierung bestehen, zeigt aktuell das Beispiel Zürich, wo die Projekte «Die ganze Welt in Zürich» und «#urbancitizenship» der Shedhalle konkrete Interventionsmöglichkeiten identifiziert haben (www.shedhalle.ch), die im Rahmen von «Wir alle sind Zürich» durch eine

breite Vernetzung migrantischer Organisationen mit antirassistischen und städtischen Initiativen bereits in die Stadtgesellschaft getragen werden (wirallesindzuerich.wordpress.com).

Entsprechende «urban politics of citizenship» machen immer auch Ambivalenzen städtischer Migrationspolitik deutlich. So lassen sich Sanctuary Cities dafür kritisieren, dass sie Illegalisierten zwar ein wenig mehr Rechtssicherheit und Zugang zu städtischen Dienstleistungen einräumen, damit aber letztlich nur ihre Position als prekarierte Arbeitskräfte festschreiben (Lebuhn 2014). Zudem dient der positive Bezug auf Diversität häufig der Stärkung im internationalen Standortwettbewerb der unternehmerischen Städte. Gleichzeitig ist die Art und Weise, wie StadtbürgerInnen von Politik und Verwaltung adressiert werden, generell zu einem Teil neoliberaler Inwertsetzung und unternehmerischer Subjektivierung geworden: MigrantInnen sollen ihr ökonomisches Potenzial entfalten, das so der städtischen Ökonomie zugutekommen soll. Als Kehrseite werden bestimmte MigrantInnen und Communitys zum Gegenstand von «Rassismus in der Leistungsgesellschaft», indem ihnen durch kulturelle oder biologische Zuschreibungen die Fähigkeit zur Produktivität abgesprochen wird (Friedrich 2011; zur städtischen Dimension bspw. Lanz 2009). Schliesslich sind Städte immer auch wichtige Orte von Kontrolle und Regierung im europäischen Grenzregime: «They have become an important arena, where the re-categorization and re-scaling of spaces and borders, and the expansion and diversification of the modes of control and enforcement within Europe take place.» (Lebuhn 2013, 37)

Die offensichtliche Ambivalenz von Stadtpolitiken zeigt, dass die Stadt heute zwar keine realisierte Alternative zum Nationalstaat und zu seinem Rassismus darstellt, aber Widersprüche der nationalstaatlichen Organisation einer globalisierten (und zunehmend urbanisierten) Welt aufzeigen kann (ebd.). Das macht Stadt und Urban Citizenship zu einem taktischen und strategischen Interventionsfeld für (post)migrantische Kämpfe – nicht mehr, aber auch nicht weniger (Rodatz 2014).

Aktuelle Politiken europäischer Städte

Die Position europäischer Städte im Grenzregime und die Funktion ihrer sozialen Räume für die Bewegungen der Migration haben sich wohl nirgendwo so dezidiert gezeigt wie im italienischen Palermo. Seit 2013 sind Hunderttausende Flüchtende in der sizilianischen Hauptstadt an der Front des bröckelnden europäischen Grenzregimes durch- und angekommen. Auf die fehlende Unterstützung Italiens und Europas hat Palermo mit einem solidarischen Pragmatismus reagiert. Die Stadt versucht, alte und

neue MigrantInnen tatsächlich als StadtbürgerInnen zu begreifen, was in der «Charta von Palermo» festgehalten wurde. Die «nationale Identität» wird darin zum Auslaufmodell erklärt und stattdessen gefordert, das Recht auf Staatsbürgerschaft ausschliesslich aus dem Wohnsitz in der Stadt abzuleiten und gleichzeitig allen Menschen das Recht auf die freie Wahl des Wohnortes einzuräumen (Kron 2016). Eine ähnliche, aber weniger weit reichende Position nimmt das spanische Netzwerk «Städte der Zuflucht» ein, das 2015 von Barcelona und anderen vom Bündnis um Podemos regierten Städten initiiert wurde (Wandler 2015; zu Barcelona Gebhardt 2016).

In anderen Städten lässt sich bislang keine entsprechende explizite Haltung gegen die Festung Europa und die Logik des Nationalstaats erkennen. Im Gegenteil: Zumindest auf den ersten Blick lässt sich in deutschen Städten nur die Hegemonie von neoliberalen und nationalkonservativen Kräften im Sinne Georgis feststellen. In den Verlautbarungen des deutschen Städtetags (kommunaler Spitzenverband) seit dem Spätsommer 2015 werden die Ankommenden beispielsweise nicht als (zukünftige) StadtbürgerInnen begriffen, sondern als «Problem», das es möglichst kostengünstig zu verwalten gilt. Der Städtetag forderte vehement und erfolgreich die Einführung einer «Wohnsitzauflage», mit der selbst Menschen mit anerkanntem Asyl auch Jahre nach Abschluss des Verfahrens noch vorgeschrieben werden kann, wo sie ihren Wohnsitz zu nehmen haben (El-Kayed/Hamann 2016). So will beispielsweise die Stadt Essen bis zu 2500 Menschen, die längst dort Fuss gefasst haben, in ihre zugewiesenen Wohnorte in anderen Bundesländern zurückschicken. Im schlimmsten Fall droht dort Obdachlosigkeit, teilweise, weil die Behörden vor Ort nicht bereit sind, die zur Rückkehr Gezwungenen zu unterstützen (Wandt 2016). Wie sich auch an zahlreichen anderen Beispielen zeigen lässt, wird in der neoliberalen Stadt die Abwehr der Unterbringung von Geflüchteten zur Maxime (Lebuhn 2016; Schwiertz/Ratfisch 2015). Verstärkt wird dieser Eindruck noch durch die neueste Variation eines «panischen Urbanismus» (Ronneberger/Tsianos 2009) – wenn es hierzulande um Flucht und Migration geht, droht «unseren» Städten immer irgendetwas. Spätestens seit den Ereignissen der Kölner Silvesternacht wird in kulturell-rassistischen Diskursen eine Bedrohung der deutschen Stadt durch «nordafrikanische» oder «arabische» Migrationen konstruiert (Dietze 2016).

Städtische PolitikerInnen werden aber akzeptieren müssen, dass die Menschen im vergangenen Jahr nicht als Objekte einer kurzfristigen humanitären Geste kamen, die sich möglichst störungsfrei im vermeintlich «deutschen» Interesse «verwalten» lassen. Sie kamen als Subjekte, die ihr Schicksal gegen alle Widerstände und Widrigkeiten in die Hand genommen haben und das weiter tun werden. Die Autonomie der Migration wird sich auch in der Gestaltung ihres Lebens in Deutschland niederschlagen, entgegen allen staatlichen Versuchen ihrer Stilllegung in langen Verfahren,

Lagern und Gemeinschaftsunterkünften sowie durch Wohnsitzauflagen, Arbeitsverbote und durch andere Einschränkungen persönlicher Rechte. Stadtverwaltungen und -regierungen müssen sich entscheiden, ob sie die nationalstaatliche Regulierung reproduzieren – oder im Interesse ihrer neuen BürgerInnen handeln und deren Lebensgestaltung unterstützen. Das Beispiel der Wohnsitzauflage zeigt, dass die Städte eigentlich keine Wahl haben: Anstatt die gemeinsame Selbstorganisation alter und neuer StadtbürgerInnen zuzulassen und zu fördern, setzen sie auf die staatliche Steuerung in Form rassistischer Exklusion. Dabei haben sich vergangene Formen von Wohnsitzauflagen wie die Zuzugssperren für AusländerInnen in sogenannte überlastete Siedlungsgebiete in den 1980er-Jahren als unwirksam und vor Gericht auch als unrechtmässig erwiesen. Städte sind und bleiben *die* Anziehungspunkte für MigrantInnen und es gibt keinerlei empirische Belege dafür, dass es möglich wäre, dies mit rechtsstaatlichen Mitteln grundsätzlich zu unterbinden (El-Kayed/Hamann 2016).

Von der «Willkommenskultur» zu Interventionen für ein Recht auf Stadt

Es gibt aber durchaus Anzeichen für abweichende Haltungen in der Stadtpolitik: Neben dem «panischen Urbanismus» haben zahlreiche Bürgermeisterinnen, Stadtpolitiker und Verwaltungsmitarbeiterinnen einen neuen «urbanen Pragmatismus» verfolgt, der die These der allgemeinen «Überforderung» der Städte infrage stellt (Schamann/Janke 2016). Dabei ist erstaunlich, dass in der Dynamik von Bundeskanzlerin Merkels «Wir schaffen das» und der praktizierten «Willkommenskultur» mancherorts selbst CDU-PolitikerInnen forderten, dass sich Städte «an die Spitze dieser Bewegung setzen und dann auch handeln» sollten (Arnold/Simon 2015). Deutsche Stadtpolitiken spielen zwar keine ganz neue Melodie jenseits von Nationalismus und Rassismus, wie sie aus Palermo zu vernehmen ist. Im Vergleich zu den 1990er-Jahren und früheren Migrationsbewegungen zeigt sich aber an vielen Stellen eine veränderte Tonlage – und diese gilt es aufzugreifen und politisch nutzbar zu machen.

Schliesslich waren es zuallererst die postmigrantischen Stadtgesellschaften, die im vergangenen Jahr die Menschen an den Bahnhöfen, auf den Strassen und in den Nachbarschaften in Budapest, Wien, München, Frankfurt oder Hamburg willkommen hiessen. Die solidarischen Strukturen, die sich in der Zusammenarbeit von AnwohnerInnen, Initiativen und Bewegungen entwickelt haben, bestehen bis heute fort (Karakayali/Kleist 2016). Helge Schwiertz und Philipp Ratfisch haben das Zusammenspiel von Migration und solidarischen Praktiken seit dem Spätsommer 2015 analysiert:

«Trotz aller Proteste ‹besorgter BürgerInnen› zeigen sich in der Bevölkerung diverse Akte der Solidarität. Vielerorts stellen sich Menschen wie in Heidenau den rassistischen Mobilisierungen entgegen, starten wie im Hamburger Karo Viertel Willkommensinitiativen, protestieren gegen die Abschiebung von MitschülerInnen und organisieren einen ‹Refugee-Schulstreik› oder bauen wie am Oranienplatz in Berlin ein solidarisches Netzwerk auf und tragen zu den Flüchtlingsprotesten bei. Von Sprachkursen, Kleidungsspenden und Begleitungen zu Behörden bis hin zur Aufnahme von Geflüchteten in die eigene Wohnung oder zur Blockade von Abschiebungen reicht die Unterstützung.» (Schwiertz/Ratfisch 2015, 18f.)

Mit der wenig erstaunlichen Einsicht, dass das nationalstaatliche Versprechen des Willkommens nicht eingehalten wurde, stellt sich die Frage, wie – oder vielmehr wo, auf welcher Ebene – sich diese praktizierte Opposition politisieren lässt. Auf lokaler Ebene offenbaren sich die Grenzen sozialer, ökonomischer und politischer Rechte und Teilhabe. Globale Strukturen der Ungleichheit werden zu lokalen Widersprüchen, sobald Geflüchtete zu NachbarInnen werden. Es drängt sich also geradezu auf, diese Widersprüche für eine solche Politisierung zu nutzen.

Politisierung lokaler Solidarität

Entscheidend wird also sein, ob es gelingt, die Stadt nicht nur als Ort der konkreten humanitären Hilfe und Solidarität zu begreifen, sondern als strategisches politisches Interventionsfeld. Das Verhältnis von lokalen, nationalen und europäischen Kämpfen erscheint häufig als klar geordnet: In Zusammenarbeit zwischen MigrantInnen und solidarischen Strukturen vor Ort entwickelt sich ein Bewusstsein, dessen politische Artikulation sich aber dorthin richten müsste, wo das Grenzregime und seine Ausschlüsse produziert werden. So argumentieren auch Schwiertz und Ratfisch: Durch eine ‹schrittweise translokale und transregionale Vernetzung› müsste sich die Bewegung ‹der rassistischen Mobilisierung sowie der herrschenden Migrationspolitik in ganz Europa entgegenstellen› (Schwiertz/Ratfisch 2015, 32). In der politischen Praxis zeigt sich dies aber häufig als problematisch, wie beispielsweise Diskussionen des Welcome2Stay-Netzwerks zeigen, das sich dieser Aufgabe einer politisierenden translokalen Vernetzung von (post)migrantischen Selbstorganisationen und solidarischen Initiativen verschrieben hat (Zeising 2016). Die praktische lokale Arbeit und die politische Arbeit gegen das europäische Migrationsregime müssen gegeneinander abgewogen werden. Während sich die lokale Arbeit als humanitäre Notwendigkeit zum Ausgleich des Staatsversagens bei der Versorgung der Menschen darstellt, erscheint die politische Arbeit angesichts der aussichtslosen Kräfteverhältnis-

se auf nationaler und europäischer Ebene als abstraktes Ziel, das jenseits von Kampagnen und negativer Kritik kaum praktisch zu verfolgen ist.

Eine Möglichkeit zur Auflösung dieser Dichotomie könnte in einer Politisierung der lokalen Solidarität im Sinne von Urban Citizenship liegen. Es gilt, die Stadtpolitik gegen die Logik des Nationalstaats in die Verantwortung zu nehmen und dabei das Verhältnis von migrantischen, antirassistischen Kämpfen und jenen um ein Recht auf Stadt zu konkretisieren. Wenn es in der Vergangenheit um bezahlbaren Wohnraum und gegen Verdrängung, Exklusion und den Chauvinismus der neoliberalen Stadt ging, erschienen Migration und Rassismus häufig als Nebensache (oder gar als Nebenwiderspruch). Aber diese Fragen gehören zusammen. Entsprechende politische Prozesse sind in den Städten längst in Gang gesetzt, zum Beispiel in Frankfurt: Die Initiative Project.Shelter versucht seit Dezember 2014, obdachlose Newcomer in Wohnungen unterzubringen. Die Arbeit entwickelte sich zu einem Zusammenschluss von MigrantInnen und SupporterInnen, die sich gemeinsam für das Recht auf Rechte und das Recht auf Stadt einsetzen. Die Initiative fordert nicht nur ein selbstorganisiertes, migrantisches Zentrum, sondern eine «neue Frankfurter Praxis» – also die Realisierung einer Stadt für alle, ein städtisches Versprechen, das in Frankfurt vor mehr als einem Vierteljahrhundert mit der Gründung des Amts für multikulturelle Angelegenheiten in die Welt gesetzt wurde (Rodatz 2015). Diese Forderung wird mittlerweile im stadtweiten Netzwerk «Frankfurt für Alle» mit allen möglichen Themen rund um Migration und das Recht auf Stadt verwoben. Diese Verbindung lässt sich überall im Land beobachten. Auch im Selbstverständnis des Hamburger Bündnisses «Recht auf Stadt – Never Mind the Papers» geht es darum, für «eine Stadt, in der alle Menschen, die hier leben, die gleichen Rechte haben», zu kämpfen und somit «Kämpfe um Bleiberecht, für guten Wohnraum, für politische und soziale Rechte» zusammen anzugehen (Recht auf Stadt 2015). Mit diesen Entwicklungen wird eine wachsende Vernetzung zwischen migrantischen Kämpfen und Bewegungen für ein Recht auf Stadt sichtbar. Das Konzept Urban Citizenship ist eine Möglichkeit, diese zunehmende Verzahnung auf den Punkt zu bringen und gezielt voranzutreiben.

Fazit: Summer in the City?!

Es ist richtig und wichtig, die hegemonialen Regulierungs-, Macht- und Herrschaftsmuster in den Dynamiken des Sommers der Migration zu kritisieren, wie es Georgi aus der Perspektive einer «materialistischen Grenzregimeanalyse» getan hat. Doch die machtvolle staatliche und europäische Reaktion auf den Sommer der Migration sollte analytisch nicht einfach

wiederholt werden. Die Fortschreibung einer grossen kritischen Erzählung (globaler) kapitalistischer Strukturen und hegemonialer Kräfteverhältnisse birgt die Gefahr, das Vorpreschen neoliberaler Kräfte und die Reaktion von nationalistischen Kräften zu den eigentlichen relevanten Ereignissen zu erklären. In dieser Erzählung erscheinen dann die Bewegungen und Kämpfe der Migration des Sommers, wie auch die unerwartet pragmatisch-solidarischen Praktiken an den Migrationsrouten, an Bahnhöfen, in Nachbarschaften und Stadtteilen, als Randnotiz. Aber wie der Blick auf die (möglichen) Entwicklungen in postmigrantischen Städten zeigt, sind die Dynamiken des Sommers längst nicht vorbei. Mit Blick auf den Sommer der Migration mögen die rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für Kämpfe um Rechte schlechter sein als etwa im Gastarbeitsregime der Bundesrepublik. Aber gleichzeitig sind die Voraussetzungen für solche Kämpfe in postmigrantischen Städten heute besser denn je. Hier ist der Sommer der Migration noch lange nicht vorbei – denn in der Stadt formieren sich Bewegungen und Kämpfe erst jetzt.

Literatur

- Arnold, Richard/Simon, Doris, 2015: «Bürgermeister sollen sich an die Spitze der Bewegung setzen». Richard Arnold im Gespräch mit Doris Simon. www.deutschlandfunk.de/richard-arnold-ueber-die-willkommenskultur-buergermeister.694.de.html?dram:article_id=333267 (Abfrage 2.2.2016)
- Bojadžijev, Manuela/Karakayalı, Serhat, 2007: Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode. In: Forschungsgruppe Transit Migration (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld, 203–210
- Dietze, Gabriele, 2016: Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Sylvesternacht. In: *movements*, Band 2, Heft 1. www.movements-journal.org/issues/03.rassismus/10.dietze--ethnosexismus.html (Abfrage 5.10.2016)
- El-Kayed, Nihad/Hamann, Ulrike, 2016: Wohnsitzauflage fördert nicht die Integration. mediendienst-integration.de/artikel/kritik-wohnsitzauflage-und-zuzugssperre-fuer-fluechtlinge-am-beispiel-von-tuerken-und-spaetaussiedle.html (Abfrage 5.8.2016)
- Friedrich, Sebastian, 2011: Rassismus in der Leistungsgesellschaft. In: Ders. (Hg.): *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen in der «Sarrazindebatte»*. Münster, 8–38
- Gebhardt, Dirk, 2016: Re-thinking urban citizenship for immigrants from a policy perspective: the case of Barcelona. In: *Citizenship Studies*, Band 20, Heft 6–7, 1–21
- Georgi, Fabian, 2016: Widersprüche im langen Sommer der Migration. In: *Prokla*, Band 46, Heft 2, 183–203
- Hess, Sabine/Karakayalı, Serhat, 2016 (im Erscheinen): *Fluchtlinien der Migration. Grenzen als soziale Verhältnisse*. In: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (Hg.): *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Berlin

- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon, 2016 (im Erscheinen): Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes. In: Dies. (Hg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin
- Hess, Sabine/Lebuhn, Henrik, 2014: Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: sub\urban, Band 2, Heft 3, 11–34
- Karakayalı, Serhat/Kleist, Olaf, 2016: EFA-Studie 2. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht. Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. www.bim.hu-berlin.de/media/2015-05-16_EFA-Forschungsbericht_Endfassung.pdf (Abfrage 16.7.2016)
- Kron, Stefanie, 2016: Stadt der Zukunft. jungle-world.com/artikel/2016/02/53308.html (Abfrage 25.1.2016)
- Lanz, Stephan, 2009: In unternehmerische Subjekte investieren: Integrationskonzepte im Workfare-Staat. Das Beispiel Berlin. In: Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld, 105–122
- Lebuhn, Henrik, 2013: Local border practices and urban citizenship in Europe. In: City, Band 17, Heft 1, 37–51
- Lebuhn, Henrik, 2014: Illegalisierung. In: Belina, Bernd/Naumann, Mathias/Strüver, Anke (Hg.): Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster, 228–233
- Lebuhn, Henrik, 2016: Gemeinschaftsunterbringung Geflüchteter? Eine falsch gestellte Frage. www.zeitschrift-luxemburg.de/gemeinschaftsunterbringung-gefluechteter-eine-falsch-gestellte-frage/ (Abfrage 5.10.2016)
- Mezzadra, Sandro, 2010: Autonomie der Migration – Kritik und Ausblick. Eine Zwischenbilanz. www.grundrisse.net/grundrisse34/Autonomie_der_Migration.htm (Abfrage 5.10.2016)
- Nyers, Peter, 2010: No one is illegal between city and nation. In: Studies in Social Justice, Band 4, Heft 2, 127–143
- Pichl, Maximilian, 2016 (im Erscheinen): Die Asylpakete I und II: Der politische und rechtliche Kampf um die Asylrechtsverschärfungen. In: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (Hg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin
- Recht auf Stadt. Never mind the Papers, 2015: Refugees welcome heisst gleiche Rechte für alle! nevermindthepapers.noblogs.org/call (Abfrage 3.10.16)
- Riedner, Lisa, 2016: Zwischen Aktivierung und Ausschluss. Wie EU-interne Migration in München regiert wird. Eine ethnografische Regimeanalyse. Unveröffentlichte Dissertation, Universität Göttingen
- Rodatz, Mathias, 2014: Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. Urban politics of citizenship in der neoliberalen Stadt. In: sub\urban, Band 2, Heft 3, 35–58
- Rodatz, Mathias, 2015: Ein Zentrum für Flüchtlinge. Gastbeitrag. In: Frankfurter Rundschau, 12.6., 12
- Ronneberger, Klaus/Tsianos, Vassilis, 2009: Panische Räume. Das Ghetto und die «Parallelgesellschaft». In: Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld, 137–152

- Schamann, Hannes/Janke, Carsten, 2016: Vor Ort klappt es oft erstaunlich gut. Migrationsforscher Prof. Dr. Hannes Schamann im Interview. mediendienst-integration.de/artikel/fluechtlinge-fluechtlingskrise-kommunen-verwaltungskrise-lageso-asylantraege-bamf.html (Abfrage 5.10.2016)
- Scherr, Albert/Hofmann, Rebecca, 2016: Sanctuary Cities: Eine Perspektive für deutsche Kommunalpolitik? In: KJ Kritische Justiz, Band 49, Heft 1, 86–97
- Schwartz, Helge/Ratfisch, Philipp, 2015: Antimigrantische Politik und der «Sommer der Migration» (Analysen 25). Berlin
- Stadt Frankfurt, 2015: Zahlen, Daten, Fakten. Bevölkerung. www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2811&_ffmpar%5B_id_inhalt%5D=7524 (Abfrage 5.10.2016)
- Tsianos, Vassilis/Karakayali, Juliane, 2014: Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft. In: APuZ, Heft 13–14, 33–39
- Wandler, Reiner, 2015: Flüchtlinge in Spanien. Bürgermeister preschen vor. In: taz online, 3.9. www.taz.de/!5226303 (Abfrage 5.10.2016)
- Wandt, Christina, 2016: Stadt Essen schickt bis zu 2500 zugezogene Flüchtlinge zurück. www.derwesten.de/staedte/essen/stadt-essen-schickt-zugezogene-fluechtlinge-zurueck-id12143289.html (Abfrage 31.8.2016)
- Yildiz, Erol, 2013: Die weltoffene Stadt. Wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht. Bielefeld
- Zeising, Max, 2016: Welcome2stay: Gipfeltreffen der Flüchtlingspolitik. www.neues-deutschland.de/artikel/1014972.welcome-stay-gipfeltreffen-der-fluechtlingspolitik.html (Abfrage 17.9.2016)